



PETER GUT

ZUSCHRIFTEN VON LESERINNEN UND LESERN

Sarrazin und die Meinungsfreiheit

«Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden!» – diese bereits von Rosa Luxemburg missbrauchte Formulierung ist dessen ungeachtet auch heute noch gültig, besser: Sie sollte gerade auch in Deutschland gültig sein, aber leider trifft dies längst nicht mehr zu! Friedrich Schiller beschäftigt sich in seinem Drama «Die Räuber» mit dem «Kastratenjahrhundert», das offensichtlich wieder aufgelebt ist. Kritisches, freies Denken, Reflexion offener und für jeden Bürger erkennbarer Sachverhalte scheint in Deutschland nur noch zulässig zu sein, wenn die «Denkergebnisse» der vorgefassten Meinung einer vom Volk längst isolierten, degenerierten Politikerkaste entsprechen, die sich in unerträglicher Weise anmassiert, mit Hilfe willfähriger Medien den «mainstream», den «guten Ton», die «alleinseligmachende Wahrheit» vorzulegen.

Ernst J. Marliany, D-Heidesheim

Im Artikel «Thilo Sarrazin sorgt anhaltend für Empörung» (NZZ 28./29. 8. 10) heisst es: «In den bisher veröffentlichten Passagen verbindet Sarrazin unbestreitbare Zahlen und Fakten zu den Problemen der Ausländerintegration mit provokanten Formulierungen.» Wie ein Gutteil der Zahlen Sarrazins zustande kommt, konnte man kürzlich im «Süddeutsche-Zeitung-Magazin» (Heft 10, 2010) nachlesen. Sie sind reine Erfindungen – wie Herr Sarrazin auf Fragen nach den Quellen seiner Angaben selbst zugegeben hat. Vielleicht sollte man sich nicht durch das forsche Auftreten des Herrn Sarrazin beeindrucken lassen, sondern nachhaken.

Uli Hausmann, Les Granges

Nur mit Fassungslosigkeit kann ich das Verlangen der deutschen Bundeskanzlerin kommentieren, das Direktorium der Deutschen Bundesbank solle die Entlassung des Vorstandsmitgliedes Sarrazin aufgrund seiner Aussagen zur Ausländerpolitik prüfen. Als deutsche Bundeskanzlerin hat sie in ihrem Amtseid versichert, das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland stets zu achten und zu schützen – und das Recht der freien Meinungsäußerung, von dem Herr Sarrazin einen Gebrauch gemacht hat, besitzt nun einmal Verfassungsrang. Gerade als Kind der ehemaligen DDR, in der sie geboren wurde, in der

sie jahrzehntlang gelebt hat und in der es keinerlei Recht der freien Meinungsäußerung gegeben hat, müsste sie das Gut der freien Meinungsäußerung umso höher schätzen und insbesondere schützen. Dass sie dies gerade nicht tut, vielmehr Herr Sarrazin dieses Grundrecht abspricht und sich damit gegen die Verfassung und ihren Amtseid stellt, kann nur Fassungslosigkeit hervorrufen.

Andererseits zeigt dies, dass eben doch der Stallgeruch bei manchem für immer anhaftet, die Zeit vor 1989 nachhaltig prägend war und offensichtlich bis heute noch ist – und das stimmt mich zu tiefst nachdenklich.

Hans Christian Pabst, D-Gauting

Ich fürchte um das Leben des Herrn Sarrazin. Er wird an Leib und Leben bedroht, weil er den Mut hat, scheuklappenfrei auszusprechen, was er in Deutschland feststellt. Ich erkenne in seinem neuen Buch keinerlei Polemik, sondern Aufrichtigkeit und Zivilcourage. Seine Worte gelten genauso für die Schweiz. Auch wir setzen unser Land aufs Spiel. Doch eidgenössische Minderrettverbote, Kopftuchphobien, DNA-Analysen sind Symptombekämpfung. Man schlägt den Sack und meint den Esel. Sarrazins Thesen jedoch treffen den Kern. Sein Buch sollten wir auch hierzulande lesen. Allen Ernstes: Ich schlage vor, ihm Asyl oder das Schweizer Bürgerrecht anzubieten. Die SVP sollte ihn zum Ehrenmitglied ernennen, denn die SPD will ihn bekanntlich loswerden.

Hans Peter Schär, Brugg

Weshalb die Gereiztheit gegenüber einem prominenten SPD-Mitglied und Vorstandsmitglied einer exponierten Behörde (der Präsident der Bundesbank ist der höchstbezahlte Beamte in Deutschland)? Weshalb der Versuch, ihn mit den Mitteln der «Betroffenheitskultur» mundtot zu machen? Es kann überhaupt kein Zweifel daran bestehen, dass die Zuwanderung in Deutschland, zeitweise über das Asylrecht, das so nach dem Kriege nicht gemeint war, ohne jedes Konzept verlaufen ist. Konzepte, die bestanden, wurden nicht angewandt. So sollten die Gastarbeiter, die Ende der fünfziger Jahre angeworben wurden, ausdrücklich alle zwei Jahre «rotieren», um einer Festsetzung mit allen Folgeproblemen zu entgehen. Was bei der Zuwanderung nicht geht, das hat vor etlichen Jahren auf dem Höhepunkt des Jugoslawienkonflikts in Frankfurt am Main ein älterer Herr bei einer öffent-

lichen Diskussion formuliert: Man kann hier nicht ein besseres Ausland (als man es in seiner Heimat hatte) suchen. Das scheint mir der Kern des Problems zu sein. Schliesslich: Was an unterschiedlichen Genen so schlimm sein soll, wird auch nicht offenbart. Jeder weiss, dass man Kühe gentechnisch verändern wollte, damit manche Asiaten als Erwachsene auch Milch vertragen. Ist solches zu tabuisieren?

Wolfgang Martin, D-Darmstadt

Selbstverständlich ist es legitim, ja sogar notwendig, die in Deutschland durch eine gescheiterte Integration entstandenen gesellschaftlichen Probleme und Verwerfungen zu thematisieren. Die Parteien, die das Unbehagen zahlreicher Bürger ignorieren, werden ihrer politischen Verantwortung nicht gerecht. Es ist aber bedauerlich, dass Richard Wagner in seinem Artikel «Sarrazin, die Muslime und das Grimmsche Wörterbuch» (NZZ 1. 9. 10) nur ein passant auf Sarrazins genetische Begründung (eigentlich eher ein genetisches Geschwafel) eingeht. Denn während man über die kulturelle, politische und soziale Dimension der Frage durchaus kontrovers und provokativ argumentieren darf, sind in einem Land, in dem vor nicht langer Zeit Millionen von Menschen auf der Grundlage einer bizarren Rassenkunde ermordet wurden, Sarrazins Äusserungen absolut inakzeptabel. Wenn er nicht fähig ist, neuere Erkenntnisse der Humangenetik einigermassen vernünftig zu rezipieren, soll er vom Thema Genetik, von welchem er offensichtlich keine Ahnung hat, lieber die Finger lassen.

Martin Spinner, Zürich

Das gesellschaftliche Klima – auch wenn Richard Wagner im Grimmschen Wörterbuch wohl vergeblich nach diesem Begriff suchen wird – ist nach dem Ende des Nachkriegs-Booms wieder entschieden rauer geworden. Die Auseinandersetzungen über die Integration oder Nichtintegration von Menschen, die einwandern, finden nicht in einem politischen Vakuum statt. Es braucht schon ziemlich viel Naivität, um nicht zu sehen, dass es inzwischen eine ganze Reihe von Gruppierungen und Parteien gibt, die Probleme rund um die Einwanderung «thematisieren» – nicht um sie zu lösen, sondern um damit Politik zu machen. Wer dagegen Probleme lösen will, wird sie mit Verstand und Anstand benennen, damit sie rational diskutiert werden können.

Martin Stohler, Basel

Ein Buch, das nur wenige gelesen haben dürften, erhitzt die Gemüter. Dabei sind die wesentlichen Aussagen vor einiger Zeit von Frau Necla Kelek in der Schrift «Über die Freiheit im Islam» (Schriftenreihe der Vontobel-Stiftung Nr. 1950) publiziert worden, und zwar ohne Statistiken oder fragwürdige biologische Verschiedenheiten zu bemühen. Sie setzt sich mit der problematischen Integration von Muslimen auseinander, und es wäre wünschenswert, diese Schrift würde die Publizität erhalten wie das Buch von Herrn Thilo Sarrazin. Einerseits weil Frau Kelek auf die unterschiedliche Auslegung von Begriffen, wie etwa jenem der Freiheit, hinweist und zu klaren Begriffsdefinitionen im politischen Disput aufruft. Andererseits zeigt sie auf, weshalb die Integrationspolitik weitgehend gescheitert ist, nämlich weil sie immer noch fast ausschliesslich als Sozialarbeit aufgefasst wird. Es werde versucht, mit Geld soziale Benachteiligungen auszugleichen. Der Immigrant werde so zum unmündigen Empfänger von Fürsorge. Sie fordert: «Wer unsere sozialen Errungenschaften, die Rechtssicherheit und Freiheitsrechte und Bildungsmöglichkeiten in Anspruch nimmt, muss für sich und seine Kinder Verantwortung übernehmen und der Gemeinschaft etwas zurückgeben. Und er schuldet ihr vor allem den Respekt vor dem, was die Gesellschaft ausmacht.» Sind das nicht Gedanken, die zu diskutieren wären, statt einmal mehr gewisse politische Themen zu Tabuzonen zu erklären?

Albert Gyr, Fällanden

Als deutscher Staatsbürger bin ich froh, nach dem Dienste am Vaterland, Abitur, Studium und Promotion in der Schweiz leben und arbeiten zu dürfen. Denn das, was ich über und von Herrn Sarrazin gelesen habe und darin nicht fand, gibt es hier zur Genüge: nämlich Anstand und Respekt. Zudem muss ich mich von der Schweiz aus lediglich fremschämen und nicht die Schmach ertragen, auch noch in einem Land leben zu müssen, welches sich solche Äusserungen leisten muss.

Timothy D. Collen, Auw

Da rüttelt einer (Thilo Sarrazin) mit seinem Buch an einem Tabu, sagt aus seiner Sicht nichts als die Wahrheit, und was erreicht er? Da recken und strecken sich wieder mal die Hälsen der Heuchler, die immer dann zur Stelle sind, wenn jemand, der etwas zu sagen hat, ausnahmsweise auch etwas sagt. Wenn eine Kultur Kritik am System nicht mehr zulässt, dann kann es mit der Demokratie nicht weit her sein. Deswegen sind mir Querdenker und unvorsichtige «Tabubrecher» viel lieber als die bezahlten Heuchler.

Rolf Klausner, Winterthur

Scheingleichheit durch Kopftuchverbot

Die St. Galler Erziehungsbehörde gibt vor, mit einem allgemeinen Verbot einer Kopfbedeckung für Schülerinnen und Schüler eine Gleichbehandlung erreichen zu wollen. Das damit angestrebte Kopftuchverbot für Musliminnen würde aber diese gegenüber der restlichen Schülerschaft klar diskriminieren.

Ein allgemeines Verbot von Kopfbedeckungen hat nichts mit Gleichbehandlung zu tun. Rechtsgleichheit verlangt, Gleiches gleich und Ungleiches ungleich zu behandeln. Deshalb gilt es, sich vor Augen zu halten, dass ein solches Verbot nicht alle Menschen gleich treffen würde. Personen, die eine Kopfbedeckung aus religiöser Überzeugung tragen, würden aufgrund ihrer Religion diskriminiert. Zudem laufen derartige Bestrebungen in unschöner Manier der freiheitlichen Tradition der Schweiz zuwider. Sie fördern auch nicht die Integration in unsere Gesellschaft, deren Heterogenität nicht mehr wegzudenken ist, sondern führen zu Ausschluss. Dies ist kontraproduktiv für unser Land und wird von der Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (GRA) und der Gesellschaft Minderheiten in der Schweiz (GMS) entschieden abgelehnt.

Ronnie Bernheim, Präsident GRA
Giusep Nay, Präsident GMS

Italien fängt die illegale Migration auf

Im Artikel «Zustrom von Bootsflüchtlingen nach Süditalien hält an» (NZZ 30. 8. 10) wurden einige interessante Aspekte bezüglich der italienischen Einwanderungssituation erwähnt. Ganz besonders fällt das Thema der Schwarzarbeit auf. In der Tat ist dies ein enormes Problem. Der in Schwarzarbeit «versteckte» Teil des italienischen Bruttoinlandsprodukts schwankt je nach Quelle. Die italienische Forschungsstelle Istat (Istituto nazionale di statistica) gibt an, dass Schwarzarbeit etwa 17% des BIP ausmacht, Eurispes dagegen spricht gar von 29–30%, gemittelt über das ganze Land. Eine wahrlich ernüchternde Statistik. Die Bekämpfung dieses Phänomens ist keineswegs ein Leichtes, da es extrem weit verbreitet und komplex ist. Selbst in der eher nördlichen Region Italiens, in der ich aufgewachsen bin, gab es Arbeiter, die gelegentlich Aufträge in der Nachbarschaft erledigten. Man wusste darüber Bescheid. Zugegeben war es niemals in dem Ausmass, wie es in der Landwirtschaft üblich sein kann.

Aufgrund der Länge der Küsten ist es extrem (kosten)aufwendig, den Seeverkehr zu kontrollieren. Vielen Eingewanderten fehlt nach der teuren Überfahrt das Nötigste fürs Überleben, nicht zuletzt auch Papiere, ein administratives Problem. Wie im Artikel geschildert, waren es im Jahr 2008 rund 30 000 Flüchtlinge allein an den Küsten der kleinen Insel Lampedusa. Leider sind Schwarzarbeit, Illegalität und auch Prostitution das Auffangbecken sehr vieler solcher Immigranten. Eine gewisse Eindämmung der Einwanderung kommt in Italien auch einer ersten Bekämpfung des genannten Problems Schwarzarbeit gleich, indem weiterer Zustrom von Arbeitskräften unterbunden wird. Zweifellos besteht beim Abkommen mit Libyen noch Verbesserungspotenzial. Es wäre die Pflicht Silvio Berlusconi, seinen scheinbar guten Draht zu Ghadhafi zu nutzen, um die korrekte Behandlung der aufgehaltenen Flüchtlinge sicherzustellen.

Kurzum, das Problem ist kompliziert und vielschichtig. Gerechte Abkommen mit weiteren Staaten sind in meiner Sicht bestimmt der richtige Weg, nicht zuletzt, um die alternativen Einwanderungsrouten auch besser zu kontrollieren und einen «Wasserbett-Effekt» zu vermeiden. Zwingend nötig sind jedoch auch das Mitwirken Europas und diplomatisches Geschick der Regierungsführer.

Giovanni Matucci, Thalwil

Die argentinische Junta und die CIA

Dem Feuilleton-Artikel von Brigitte Kramer über Rodolfo Walsh «Einer der Erschossenen lebt» (NZZ 1. 9. 10) möchte ich eine wichtige Ergänzung beifügen, die leider des Öftern unterlassen wird, wenn über die Greuelthaten der Junta in Argentinien berichtet wird. Wie in Chile bei der Einsetzung von Pinochet, so hatte auch in Argentinien die CIA ihre Hände im Spiel. Und wozu? Es galt, dem Gespenst des Kommunismus weltweit den Riegel zu schieben. Gemässigte sozialistische Regierungen, welche sich der Privatisierung ihrer Ressourcen erweherten, wurden «überfahren». Etliche Minister im Kabinett der Junta hatten unter Milton Friedman in Chicago studiert, und die Idee der völlig freien Marktwirtschaft ohne jegliche staatliche Leitplanken konnte sich in den siebziger Jahren unter dem Hammer der Militärdiktaturen in Südamerika erstmals in der Praxis entwickeln.

Die CIA scheute sich nicht, mit Paramilitärs oder Banditen gemeinsame Sache zu machen. Die Chicago-Boys-Zauberlehrlinge wurden die mordenden Bienen aber nicht mehr los. Absicht? Wahrscheinlich nicht, doch man darf den Terrorakt gegen Rodolfo Walsh nicht ohne einen Hinweis auf die damaligen weltweiten Bemühungen der USA (und vor allem der CIA) betrachten, radikale freie Märkte durchzusetzen.

Nico Hirzel, Luzern